

EVP will als Korrektiv links der Mitte wirken

WAHLEN Die Stadtzürcher EVP will bei den Wahlen 2018 alles daransetzen, die Wahlhürde zu knacken, um wieder in den Gemeinderat einzuziehen zu können. Allerdings ist die Stadt Zürich für die christliche Kleinpartei ein besonders hartes Pflaster.

Von 1954 bis 2014 war die EVP im 125-köpfigen Stadtzürcher Parlament ohne Unterbruch vertreten. Dann aber scheiterte sie bei den Wahlen haarscharf an der 5-Prozent-Wahlhürde. Wegen zweier fehlender Stimmen im Kreis 9 (Altstetten) verlor sie die bisherigen 3 Sitze.

Der Frust darüber ist noch nicht verwunden. In den Wahlen im März 2018 will die rund 400 Mitglieder zählende Stadtpartei alles daransetzen, die Hürde in mindestens einem Wahlkreis zu knacken. Ein anderer Weg bleibt ihr nicht, weil das Volk im Febru-

ar die Beseitigung der Wahlhürde abgelehnt hat.

Wie die Stadtzürcher EVP das schwierige Unterfangen anpacken will, war gestern am traditionellen EVP-Güggeltreffen ein Thema. Bekannt ist schon, dass Claudia Rabelbauer als Stadtratskandidatin Wahllokomotive spielen soll. Die gelernte Primarlehrerin ist seit zwölf Jahren Geschäftsführerin von drei Kinderkrippen in Zürich, Geroldswil und Affoltern am Albis mit rund 40 Mitarbeitenden. Die Krippe in Zürich leitet die ehemalige Gemeinderätin selber. Ernst Dan-

ner, städtischer EVP-Präsident, bezeichnete Rabelbauer aufgrund ihrer grossen schulischen Erfahrungen als geradezu prädestiniert dafür, Nachfolgerin des abtretenden CVP-Schulvorstehers Gerold Lauber zu werden. Wenn sie könnte, würde sie das Schul- und Sportdepartement nehmen, sagte Rabelbauer. Dass sie nicht wählen kann, weiss sie. Ebenso, dass ihre Wahlchancen gering sind.

BDP-Leute auf EVP-Listen

Bei den Gemeinderatswahlen will die EVP in möglichst allen Stadtkreisen antreten. Weil sie knapp an Personal ist, gibt es gemeinsame Listen mit der BDP. Abgemacht ist, dass die BDP im Kreis 10 (Höngg) den Spitzen-

kandidaten stellt, überall sonst aber die EVP. Die Überzahl der EVP ist laut Rabelbauer gesichert. Von den 125 Kandidierenden gehörten nur rund 10 der BDP an. Zusammengeschweisst hat EVP und BDP der gemeinsame Kampf gegen die Wahlhürde. «Die EVP ist Mitte links, die BDP Mitte rechts, gemeinsam gehören wir der Mitte an», sagte Rabelbauer. Den Schwerpunkt des Wahlkampfes will die Partei auf den Kreis 9 (Altstetten) legen, weil sie dort bereits relativ gut verankert ist. «Aber die Stadt Zürich ist für uns ein hartes Pflaster», räumte Rabelbauer ein. Die EVP habe kein urbanes Image.

Gelänge es der Partei, wieder in den Gemeinderat einzuziehen, könnte sie dort das Zünglein an

der Waage spielen – also den Ausschlag geben, ob jeweils das linke oder rechte Lager obsiegt. Bei der Budgetdebatte spielte eine Einzelmaske diese Rolle – der parteilose frühere SVP-Mann Mario Babini.

Machtpotenzial vorhanden

Dieses Machtpotenzial spielte Präsident Danner etwas herunter, als er sagte, die EVP wolle gar nicht Zünglein an der Waage sein, sondern bloss «ein Korrektiv». «In der Stadt Zürich braucht es keine bürgerliche Wende», sagte er. Der links-grüne Stadtrat mache seine Sache gut. Die negative Seite des engen rot-grünen Gefüges sei aber eine gewisse «ideologische Erstarrung». «Ein Gegen-gewicht täte gut», sagte Danner.

Hanspeter Hugentobler, Präsident der rund 1500 Mitglieder zählenden Kantonalpartei, erinnerte an das vor 100 Jahren eingeführte Proporzverfahren, das Schluss machen wollte mit der Ausgrenzung von Minderheiten. Ganz am Ziel sei man noch nicht. Auch im Kantonsrat kämpft die EVP gegen die 5-Prozent-Hürde. Die SVP will diese allerdings noch verschärfen. Unmittelbar wäre die EVP zwar nicht bedroht, aber andere Kleine wie AL, BDP und EDU. Mit Letzterer habe die EVP übrigens nichts am Hut, betont deren Vertreter. Die EDU praktiziere ein «gesetzorientiertes Christentum», sagte Danner. «Für die EVP ist das Evangelium hingegen kein Gesetz, sondern die grosse Freiheit.» *Thomas Schraner*

Zur schlaunen Füchsin gesellt sich ein Fuchs

SBB Ein als «schlauner Fuchs» verkleideter Mann und eine Frau informieren die Pendler der SBB derzeit über Entlastungszüge während der Hauptverkehrszeiten. Das Inserat der SBB, in dem nur «schlaue Füchsinnen» gesucht worden waren, hatte für Aufruhr gesorgt. Nun wird der Sexismusvorwurf mit einem Studenten entschärft.

Die SBB hatten das Inserat Mitte August auf dem Stellenportal der Universität Zürich und der ETH veröffentlicht. Kurz darauf kritisierte die Organisation Terre des Femmes Schweiz die Aktion als «fragwürdig» und «sexistisch» – vor allem auch, weil sich die Ausschreibung nur an junge Studentinnen gerichtet hatte.

Am Montag twitterte die SBB-Medienstelle ein Bild unter dem Titel «Schlaue Füchse in Pfäffikon ZH im Einsatz». Darauf ist neben einer Frau ein Mann zu erkennen, der neben einem Fuchschwanz auch einen Haarreif mit Fuchsohren trägt. Mit einem Plakat werben die beiden für die Benutzung der Zusatz-S-Bahnen.

Nachdem die beiden schlaunen Füchse am Montag auf dem Bahnhof in Pfäffikon ZH den Pendlern Tipps für eine angenehmere Reise mitgegeben haben, werden sie dies in nächster Zeit auch noch in Bülach, Effretikon, Winterthur und Regensdorf tun. Für zwei Stunden im Fuchskostüm erhalten die Studentin und der Student je 150 Franken. *sda*



Die SBB haben auf Sexismusvorwürfe reagiert. Nun werben Mann und Frau – als Füchse verkleidet – für die Nutzung von Entlastungszügen. *SBB*

Bus direkt ins Stadtzentrum

ZÜRICH Das Stadtzürcher Quartier Witikon kann mit einer direkten Trolleybusverbindung ins Stadtzentrum verbunden werden. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) hat dafür grünes Licht gegeben, wie die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ) mitteilten.

Das BAV habe die Plangenehmigung erteilt, die gleichzeitig als Baubewilligung gelte. Sobald diese rechtskräftig sei, könnten die Bauarbeiten beginnen. Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres wird Witikon mit einer durchgängigen Trolleybuslinie vom Hauptbahnhof via Hegibachplatz und Klusplatz bis Kienastewies erschlossen. Dazu werden die bestehenden Linien 31 und 34 über die Hegibachstrasse miteinander verbunden und die Buslinie 34 aufgehoben.

Witikon ist das einzige Stadtzürcher Quartier, das bis anhin keine direkte Verbindung ins Stadtzentrum hat. Vom neuen Angebot können laut VBZ rund 6500 Witikerinnen und Witiker profitieren. Umstritten sei noch die Anordnung der Haltestelle Hegibachplatz stadtauswärts. Die Realisierung dieser neu geplanten Haltestelle sowie der behindertengerechte Umbau der weiteren Halteketten am Hegibachplatz und am Klusplatz würden deshalb einstweilen sistiert, damit die Anliegen der Einsprecher vertieft geprüft werden könnten. *sda*

«Ich will nicht von Sozialhilfe abhängig sein»

ABSTIMMUNG Ohne Sozialhilfegelder stehen Deutschkurse und Integrationsprogramme für vorläufig Aufgenommene auf der Kippe. Einer der Betroffenen ist der Syrer Mustafa Yassin.

Mustafa Yassin ist vor neun Monaten mit seiner Frau in die Schweiz eingereist. Der 33-jährige Englischlehrer ist vor dem

ABSTIMMUNG
Sozialhilfegesetz

Krieg in Syrien geflüchtet. Sein Asylgesuch wurde zwar abgelehnt, in seine Heimat kann er wegen des Krieges aber nicht geschickt werden. Nun bleibt er als «vorläufig Aufgenommener» mit Status F in der Schweiz. Gestern hat ihn das Komitee «Integra-

tionsstopp Nein» eingeladen, seine Situation zu schildern.

Der Grund: Legt am 24. September eine Mehrheit der Zürcher Stimmbewölkerung ein Ja in die Urne, werden vorläufig Aufgenommene wie Yassin nur noch nach den reduzierten Ansätzen der Asylfürsorge unterstützt. Der Anspruch auf Sozialhilfeleistungen entfällt. Deutschkurse und Integrationsprogramme würden vermutlich gestrichen, weil der Kanton den Gemeinden das Geld dafür nicht mehr bereitstellen müsste. Viele Gemeinden sind nicht gewillt, die Kosten zu übernehmen. 26 Zürcher Städte und Gemeinden wehren sich deshalb mittels Gemeindereferendum gegen die Gesetzesänderung.

«Sprache ist der Schlüssel»

Auch das Komitee «Integrationsstopp» hat das Referendum ergriffen. Es setzt sich zusammen aus der Caritas, den beiden Lan-

deskirchen, dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen (Heks), dem Solinetz, der Freiplatzaktion und weiteren sozial tätigen Organisationen. Samuel Häberli von der Freiplatzaktion befürchtet, dass der finanzielle Grundbedarf der Betroffenen erheblich gekürzt, deren Wohnsituation verschlechtert und die Integrationsleistungen eingestellt würden.

Von den Kürzungen betroffen wären rund 5600 Personen mit Status F im Kanton Zürich. Sie stammen mehrheitlich aus Syrien, Afghanistan, Somalia und dem Irak und werden wohl für immer in der Schweiz bleiben. In neun von zehn Fällen ist das so.

Auch Mustafa Yassin will bleiben. «Ich habe mein Land nicht verlassen, um von Sozialhilfe abhängig zu sein, sondern wegen des Krieges – und um nach einer Chance für ein neues Leben zu suchen», sagt Yassin, der schon gut Deutsch lesen kann, die Fra-

gen aber lieber auf Englisch beantwortet. «Mit der Sozialhilfe haben meine Frau und ich die Chance, in der Schule Deutsch zu lernen», sagt er: «Denn ich weiss: Die Sprache ist der Schlüssel zur Einbindung in die Gesellschaft.»

Falsche Anreize?

Seit 2012, seit der Revision des Sozialhilfegesetzes, müssen vorläufig Aufgenommene sozial und beruflich integriert werden. Im Kanton Zürich werden sie dazu nach dem Sozialhilfegesetz unterstützt. Die Erwerbsquote der vorläufig Aufgenommenen wirft allerdings kein gutes Licht auf diesen Systemwechsel. Sie hat seit 2012 abgenommen, von 42,5 auf 30 Prozent. Die Befürworter der Vorlage schliessen daraus, dass viele vorläufig Aufgenommene dank der höheren Sozialleistungen gar nicht arbeiten wollen.

«Aus meiner Erfahrung sind das nur ganz wenige», entgegnet

Andreas Hediger, Geschäftsleiter der Unabhängigen Fachstelle für Sozialhilferecht in Zürich. Das Argument sei ohnehin schwach: «Denn bemüht sich jemand nicht um Integration oder Arbeit, kann ihm die Sozialhilfe gesenkt oder gar gestrichen werden.»

Die tiefe Erwerbsquote könne auch damit zusammenhängen, so Hediger, dass die Integrationsprogramme nicht gut genug seien – oder der Erwerbsmarkt schlicht zu wenig Ausbildungs- und Arbeitsplätze herbeigebe.

Die Sozialhilfe ist aus Hedigers Sicht ein wichtiges Instrument. Auch weil sie zum Ziel habe, die Bezüger in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren und letztlich finanziell unabhängig zu machen. «Dass dies gelingt, ist auch für jene wichtig, die keine Sozialhilfe beziehen», sagt Hediger. «Vom sozialen Frieden profitiert die ganze Gesellschaft.»

Heinz Zürcher

Strompreise bleiben stabil

ZÜRICH Das Stadtzürcher Elektrizitätswerk (EWZ) senkt für 2018 die Netznutzungstarife. Gleichzeitiger steigen die nationalen Abgaben und so werden viele Zürcherinnen und Zürcher doch mehr für den Strom bezahlen.

Wer über EWZ-Basis seinen Strom bezieht, wird 2018 eine leicht höhere Stromrechnung erhalten. Das EWZ rechnet bei einem Durchschnittshaushalt mit vier Personen mit einem Aufschlag von 11 Franken.

Ausschlaggebend ist der Zuschlag für die Übertragungskosten für das Hochspannungsnetz von 2,3 Rappen pro Kilowattstunde, der im Rahmen des neuen Energiegesetzes eingeführt wurde. Wer Ökostrom bezieht, ist davon nicht betroffen. Das EWZ selbst senkt laut Mitteilung seine Netznutzungstarife. Private Nutzer bezahlen 5 Prozent weniger, das Gewerbe 7 Prozent. *sda*